WerkstattGeschichte 24, Ergebnisse Verlag, Hamburg 1999, S. 127-128

■ Überbevölkerung – Kritik einer Debatte

Susanne Heim / Ulrike Schaz, Berechnung und Beschwörung. Überbevölkerung - Kritik einer Debatte, Berlin/Göttingen (Verlag der Buchläden Schwarze Risse)1996, 248 S., mit Abb., DM 29,80

Malthus war nicht der erste, aber der bis heute einflußreichste und prominenteste Beschwörer der Gefahren eines ungehemmten Bevölkerungswachstums. Die von ihm ausgemalten Bedrohungsszenarien und Gesetzmäßigkeiten haben, obwohl sie schon früh widerlegt worden sind, immer noch, oder gerade wieder Konjunktur. Die Wirkungsmacht des Malthusschen Gesetzes liegt in der Attraktivität und Einfachheit seines Erklärungsmusters: Verantwortlich für soziale und ökonomische Mißstände sei der zahlenmäßige (und unübersehbare) Anstieg der Unterschichten – die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturveränderungen und Verhältnisse können so ausgeklammert werden. Die Parallelen zur aktuellen globalen Überbevölkerungsdebatte fallen ins Auge: Heute sind es die Industrieländer, die das Bevölkerungswachstum der Entwicklungsländer und den daraus entstehenden »Bevölkerungsdruck« als Bedrohung wahrnehmen.

Im vorliegenden Band konzentrieren sich die beiden Autorinnen auf die Wahrnehmungen der Debattenteilnehmer, deren Interessen und auf die daraus resultierende Instrumentalisierung des Bildes von der »Überbevölkerung«, während tatsächliche Bevölkerungsentwicklungen und Statistiken weitestgehend ausgeklammert werden. Und obwohl die Arbeit auf einer großen Menge an Quellenmaterial basiert, ist ihr leider nur eine dreiseitige Literaturempfehlung angehängt. Der Schwerpunkt liegt auf dem zwanzigsten Jahrhundert und stellt die Überbevölkerungsdiskussionen in ihren jeweiligen zeitgeschichtlichen Kontext mit einem kritischen Blick auf staatliche Institutionen und NGOs, die bevölkerungspolitische Lobbyinteressen vertreten.

Die wissenschaftliche Disziplin der Demographie erfüllt in dieser Debatte eine doppelte Funktion. Zum einen liefert sie ein Vokabular, das frei ist von ethischen Hemmungen und Menschen zu Zahlenmaterial abstrahiert, welches dann den jeweiligen ökonomischen Ressourcen angepaßt werden kann. Zum anderen verleiht die Demographie der Debatte eine Aura von Wissenschaftlichkeit, schafft harte, schwer widerlegbare Fakten und stellt auf dieser Basis Prognosen über die Bevölkerungsentwicklung auf. Gerade die Vorhersagbarkeit von demographischen Entwicklungen hat sich jedoch als zweifelhaft erwiesen, was allerdings deren Überzeugungskraft selten vermindert.

Die verhängnisvolle Konsequenz der Vermischung von (scheinbarer) Wissenschaftlichkeit, rassistischer Ideologie und der Instrumentalisierung von Ängsten wird deutlich, wenn man die Rolle der deutschen Demographie im Nationalsozialismus betrachtet. Die angenommene Überbevölkerung im eigenen Land sollte die Expansion nach Osten rechtfertigen, wo man dünnbesiedelten Räume »auffüllen« wollte. Gleichzeitig wurden unter Hinweis auf die steigenden Geburtenraten in Osteuropa immer neue Bedrohungsszenarien konstruiert. Der Exkurs der Autorinnen in die stalinistische Wirtschafts- und Bevölkerungspolitik unterstützt die These vom Ruf der Demographen nach autoritären Maßnahmen – Beweis für die starke Suggestionskraft des Bildes eines sich explosionsartig entladenen »Bevölkerungsüberdrucks«.

Die zweite Hälfte des Buches beschäftigt sich mit den Debatten nach 1945. Die Beseitigung der kriegsbedingten Bevölkerungsverluste durch pronatalistische Maßnahmen und ein kontrollierter Bevölkerungstransfer, um die Folgen der Nachkriegsmigration auszugleichen, wurde die erste supranationale Aufgabe des Europa-

rats. Der ökonomistischen Perspektive – der Anpassung der Bevölkerungszahl an die Bodenressourcen – nach wie vor verhaftet, ging es um eine »Nutzbarmachung der Bevölkerungsüberschüsse« durch deren Umverteilung. Nachdem dieser Prozeß in Deutschland und Europa spätestens Anfang der sechziger Jahre als erfolgreich abgeschlossen galt, verlagerte sich der Fokus der Überbevölkerungsdebatte auf die Dritte Welt. Unter dem Vorwand der »globalen Verantwortung« setzte sich die Debatte über die nationalstaatlichen Grenzen der Industrieländer hinweg, die nun fortan mit einem gemeinsamen Tenor gegenüber der »Dritten Welt« auftreten und ihrer Entwicklungshilfepolitik ausreichend Legitimation zur Intervention verschaffen konnten. Besonders die USA und ihr folgend auch die UNO knüpften Entwicklungshilfe an die Forderung nach Familienplanung. Bevölkerungsvermehrung wird seitdem als ökonomische und politisch-militärische Bedrohung betrachtet: Sie behindere den Zugang zu den Ressourcen der Drittwelt-Staaten und schaffe politische Instabilität.

Aus den USA kam in den 1970er Jahren aber auch die Trendwende in der Debatte: Aus der ökonomischen Variablen Mensch wurde angesichts eines steigenden Bewußtseins für Umweltprobleme eine ökologische. Auch der zunehmende Einfluß feministischer Organisationen und der Frauengesundheitsbewegung ist seitdem festzustellen. Standen Frauen vormals lediglich passiv im Zentrum einer auf Geburtenverhinderung ausgerichteten Bevölkerungspolitik, so können sie heute z.T. auch eigene Interessen einbringen. In der Weltbevölkerungskonferenz von Kairo 1994 sehen die Autorinnen allerdings den Versuch, das feministische Postulat der »reproduktiven Rechte« der Frauen für eine Fortsetzung der bisherigen Bevölkerungspolitik zu vereinnahmen.

Die Verfasserinnen schließen mit der Forderung, die Interessen hinter den Debattenbeiträgen und Argumentationslinien offenzulegen, die unter Hinweis auf das (angebliche) Bedrohungspotential der »Überbevölkerung« individuelle Persönlichkeitsrechte wie die Freiheit zur Reproduktion beschneiden. Ihr kritischer Blick auf die Möglichkeiten zur Instrumentalisierung der inhumanen Formel von der »Bevölkerungsbombe« ist überzeugend, auch wenn es den Autorinnen nicht immer gelingt, die tatsächliche Wirkungsmacht der teilweise radikalen Forderungen der verschiedensten Lobbygruppen auf die Bevölkerungspolitik zu bemessen.

MARC STÖBER
(HANNOVER)